

Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.11.2025

Sitzungsort: Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal,
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Beginn: 17:02 Uhr

Ende: 19:43 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleiter: Herr Mroß

Schriftführer: [REDACTED]

Tagesordnung:

- | | | Drucksachen-
Nummer |
|------|--|------------------------|
| I. | Öffentlicher Teil | |
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 3.1. | Information zu Sanierung Jugendhäuser - aktualisierte
Liste - 2025
BE: Leiter des Jugendamtes | 2593/25 |
| 3.2. | Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Ge-
nerationen – Information zu Antragsverfahren 2026
BE: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Ju-
gend | 2706/25 |
| 3.3. | Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen
bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bil-
dung erhalten
BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bil-
dung und Jugend | 2840/25 |

4.	Einwohnerfragestunde	
5.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
5.1.	Einrichtung eines Unterausschusses "Hilfen zur Erziehung" BE: Leiter des Jugendamtes	2550/25
5.2.	Einrichtung eines Unterausschusses "Kinder-, Jugend- und Familienförderung" BE: Leiter des Jugendamtes	2566/25
5.3.	Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2023 bis 2027 - Maßnahmenpunkt XI: Stellenaufwertung der Jugendverbandsarbeit BE: Herr Fuchs, Mitglied des Jugendhilfeausschusses hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	2718/25
5.3.1.	Antrag zur Drucksache 2718/25 - Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2023 bis 2027 - Maßnahmenpunkt XI: Stellenaufwertung der Jugendverbandsarbeit	2855/25
5.4.	Zusätzliche Mittelbereitstellung zur Deckung der Betriebskosten BE: Herr Uhlig, Mitglied des Jugendhilfeausschusses hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	2747/25
5.5.	Entwicklung eines Verfahrens zur Finanzierung durch Abschlagszahlungen BE: Herr Uhlig, Mitglied des Jugendhilfeausschusses hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	2748/25
5.6.	Erfurt ist kinderfreundliche Landeshauptstadt BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	2751/25
5.7.	Aufnahme des „Erfurter Fanprojektes“ in den Kinder- und Jugendförderplan BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	2752/25

5.8.	8. Änderungssatzung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Erfurt BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	2753/25
6.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	
6.1.	Haushaltssatzung 2026/2027 und Haushaltsplan 2026/2027 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	2401/25
6.1.1.	1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2401/25 - Haushaltssatzung 2026/27 und Haushaltsplan 2026/27	2801/25
6.2.	2. Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023 - 2027 BE: Leiter des Jugendamtes	2609/25
7.	Festlegungen des Ausschusses	
7.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 22.05.2025 zum TOP 8.2 - Aktionsplan Kinderarmut (Drucksache 2524/24) - hier: "Erfurter Präventionsketten" BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	1465/25
7.2.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 25.09.2025 zum TOP 7.1 - Änderung der Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung 2024 - 2028 (Drucksache 1740/25) - hier: Finanzierung der Mehrausgaben BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend	2382/25
8.	Informationen	
8.1.	Prüfergebnis Teilnahme am Programm "Kinderfreundliche Kommunen" BE: Leiter des Jugendamtes	1718/25
8.2.	Bericht Verfahrenslotse gem. §10b SGB VIII Berichtszeitraum 01.2025 - 06.2025 BE: Leiter des Jugendamtes	2338/25

- | | | |
|------|--|----------------|
| 8.3. | Pauschalierung von Sachkosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung
BE: Leiter des Jugendamtes | 2554/25 |
| 8.4. | Umsetzungsstand zur Drucksache 1454/25
BE: Frau Reißig Cajamarca, beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend | 2761/25 |
| 8.5. | Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes | |
| 8.6. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie alle Gäste. Sodann stellte er die form- und fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Sitzungsbeginn waren 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Mit folgendem vom Vorsitzenden verlesenen Nachruf würdigte der Jugendhilfeausschuss das Leben, Wirken und die Persönlichkeit von Frau Anke Hofmann-Domke:

„Der Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Erfurt trauert um Anke Hofmann-Domke. Die Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend und ehemalige Bürgermeisterin war am Freitag, dem 14. November, nur zwei Tage nach ihrem 63. Geburtstag nach langer Krankheit verstorben. Ihr Wirken als engagierte und allseits geschätzte Sozialpolitikerin, vor allem ihr besonnener und unnachgiebiger Einsatz zum Wohle der Kinder und Jugendlichen werden wir als ehrendes Andenken bewahren. Ihrer Familie, Angehörigen sowie Kolleginnen und Kollegen sprechen wir unser tiefempfundenes Mitgefühl aus.“

Anschließend erhoben sich die Anwesenden für eine Schweigeminute von Ihren Plätzen.

Wie Herr Mroß, informierte, wurde die Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss durch die Gemeinsame Kreiselterntervertretung neu geregelt. Er hieß die Vertreter herzlich Willkommen.

Schulart	Mitglied	Stellvertreter/-in
Grundschulen	Marie Luise Kanzler	
Regelschulen	René Karl (neu)	
Gymnasien	Armin Däuwel	
Gesamtschulen	Christin Kettner	
Gemeinschaftsschulen	Silvia Mittmann	
Förderschulen	Sigrid Krech	Bernadette Ziegenhagen (neu)

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen fünf schriftliche Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

Wie der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, mitteilte, wurde durch die Stadtverwaltung die zusätzliche Aufnahme der Drucksachen 2593/25 (Information zu Sanierung Jugendhäuser - aktualisierte Liste – 2025) sowie 2706/25 (Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen - Information zu Antragsverfahren 2026) beantragt.

Da von Seiten der Ausschussmitglieder jeweils keine Begründung der Dringlichkeit gewünscht wurde, ließ Herr Mroß darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis Drucksache 2593/25

Ja-Stimmen	12
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde erreicht und die Drucksache unter dem Tagesordnungspunkt 3.1 dringlich in die Tagesordnung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis Drucksache 2706/25

Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	2

Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde erreicht und die Drucksache unter dem Tagesordnungspunkt 3.2 dringlich in die Tagesordnung aufgenommen.

Zum Dritten informierte der Vorsitzende, Herr Mroß, dass von Seiten der Fraktion SPD & PIRATEN die zusätzliche Aufnahme der Drucksache 2840/25 (Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten) beantragt wurde. Auf Nachfrage bedurfte es ebenfalls keiner Begründung der Dringlichkeit, sodass wie folgt darüber abgestimmt wurde.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	3

Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde erreicht und die Drucksache unter dem Tagesordnungspunkt 3.3 dringlich in die Tagesordnung aufgenommen.

Weiterhin legte der Vorsitzende dar, dass zum TOP 7.1 – Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 22.05.2025 zum TOP 8.2 - Aktionsplan Kinderarmut (Drucksache 2524/24) - hier: "Erfurter Präventionsketten" (Drucksache 1465/25) – eine Zwischenantwort vorlag mit der Bitte um Terminverschiebung der Präsentation durch das IKPE. Gegen eine Vertagung auf die Sitzung am 23.04.2026 erhob sich kein Widerspruch.

Abschließend schlug Herr Mroß vor, den TOP 8.1 – Prüfergebnis Teilnahme am Programm "Kinderfreundliche Kommunen" (Drucksache 1718/25) – gemeinsam mit dem TOP 5.6 – Erfurt ist kinderfreundliche Landeshauptstadt (Drucksache 2751/25) – zu behandeln. Hierzu formulierte sich ebenfalls kein Widerspruch.

Weitere mündliche Anträge blieben aus. Sodann stellte der Vorsitzende, Herr Mroß, die Tagesordnung in geänderter Form zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	12
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

3. Dringliche Angelegenheiten

- 3.1. Information zu Sanierung Jugendhäuser - aktualisierte Liste - 2025** **2593/25**
BE: Leiter des Jugendamtes

Mit dem Hinweis von Herrn Mroß (Vorsitzender), dass die Drucksache als Tischvorlage auslag und im Bürgerinformationssystem eingesehen werden konnte, wurde in die Beratung eingestiegen. Zunächst ergriff er selbst das Wort und erläuterte die Beschlusslage, wonach die Prioritätenliste regelmäßig im Vorfeld der Haushaltsberatungen dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt werden soll. Vor diesem Hintergrund erkundigte sich Herr Mroß nach den verwaltungsseitigen Planungen zur Sanierung einzelner Jugendhäuser.

Stellungnehmend ging der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement, Herr Ott, auf die mit dem Jugendhaus Maxi und dem Freizeittreff Stotternheim in Verbindung stehenden Vorhaben ein, welche durch den vorliegenden Haushaltsplan abgebildet werden. Zudem wurden Planungsleistungen für das Jugendhaus Roter Berg aufgenommen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

3.2. Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen – Information zu Antragsverfahren 2026
BE: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend

2706/25

Erneut wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Mroß, auf die als Tischvorlage zur Verfügung gestellte Drucksache und die Einsichtnahme im Bürgerinformationssystem hingewiesen.

Die redaktionellen Anmerkungen von Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt) wurden durch den Dezernatsreferenten für Soziales, Bildung und Jugend bestätigt.

Auf Hinwirken von Herrn Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) wurde sich bezüglich der angewandten Bewertungsmatrix und den abgelehnten Anträgen auf nachfolgende Festlegung verständigt.

Drucksache 2897/25 (nichtöffentlich)	Im Ergebnis der Diskussion zu den Förderkriterien mit Bezug zum Integrierten Fachplan der generationsübergreifenden Familienförderung der Landeshauptstadt Erfurt 2024 – 2027 ¹ wurde festgelegt, dass für sämtliche für das Haushaltsjahr 2026 im Rahmen der Projektförderung des Landesprogramms Solidarisches Zusammenleben der Generationen abgelehnten Anträge die Ablehnungsgründe gemäß Anlage 1 i. V. m. Anlage 4 der Drucksache 2706/25 dargestellt werden. T: 15.01.2026 V: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend
---	--

Ergänzend erläuterte der Referent des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend die Anwendung des gültigen LSZ-Planes, welcher im Unterschied zu den Vorjahren spezifische Zielstellungen des Landes sowie eigene Ableitungen ausweist und dem im Bewilligungsprozess zwingend Rechnung zu tragen war. Trotz der umfassenden Beteiligung der Träger seien einige Anträge nicht entsprechend qualifiziert worden und begründen damit die formalen bzw. fachlichen Ablehnungsgründe. Darüber hinaus kündigte er eine tiefgreifende fachpolitische Debatte zur Perspektive der LSZ-Förderung ab dem Jahr 2027 an.

Weitere Nachfragen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

¹ Beschluss zur Drucksache 1712/25

3.3. Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten
BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend

2840/25

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, informierte, dass die Drucksache samt Stellungnahme als Tischvorlage ausgereicht wurden und im Vorfeld der Sitzung im Bürgerinformationssystem eingesehen werden konnte.

Einleitend begründete Herr Mroß (Vorsitzender; Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN) die dringliche Vorlage der Drucksache mit dem fortwährenden Diskussionsprozess des Jugendamtes und dem zuständigen Unterausschuss zur mittelfristigen Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege sowie den bereits festgestellten Auswirkungen des Geburten-Rückgangs auf die etablierte Kinderbetreuungslandschaft in der Landeshauptstadt. Im Ergebnis des Austauschs mit verschiedenen Fraktionen, Trägern und der Landespolitik sei er zum Entschluss gekommen, die qualitative Arbeit in der frühkindlichen Bildung bedarfsorientiert weiterentwickeln zu wollen, insbesondere hinsichtlich der Sicherung der Trägervielfalt und des Fortbestandes kleinerer Einrichtungen. Im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte sei es von elementarer Bedeutung, die Diskussion zu den finanziellen Auswirkungen eines Kita-Moratoriums zum jetzigen Zeitpunkt zu führen. Neben den fiskalischen Herausforderungen seien durchaus trägerübergreifende Synergien und Einsparpotentiale durch Sozialraumprojekte und neue Raumkonzepte absehbar.

Frau Greim (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schloss sich ihrem Vorredner an und appellierte an die ersehnte Priorisierung der Qualitätssteigerung. Sie bat um die Aussendung eines starken Signals an den Stadtrat.

Bezüglich des im Unterausschuss Kindertageseinrichtungen geschlossenen Kompromisses bedauerte Frau Löbl (Vertreterin der Fraktion SPD & PIRATEN) die Bevorzugung von Kindertageseinrichtungen, welche ohnehin trägerbezogene, bauliche oder standortbedingte Vorteile aufweisen. Andere nicht so stark nachgefragte Einrichtungen müssten dagegen einen erheblichen Betreuungsplatzschwund und damit auch Einbußen in ihrer Personalstruktur hinnehmen. Sie unterstrich die im Kita-Moratorium vorgeschlagenen Maßnahmen der Fachkräftebindung und Standorterhaltung.

In der anschließenden Aussprache warben Frau Trautwein (Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt) aus Sicht der freien Träger, Herr Keske (Vertreter des Städtelternbeirates Kita) aus Sicht der Eltern und Herr Mroß für den verhinderten Vorsitzenden des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen, Herrn Edom, für die Drucksache.

Frau Karger (Vertreterin der Fraktion CDU) monierte die Kurzfristigkeit der Drucksache und die mangelnde Darstellung der finanziellen Auswirkungen. Nach ihrer Auffassung sei es höchst unseriös ohne verlässliche Grundlage eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen, unabhängig von der Diskussion zur fachlichen Notwendigkeit.

Der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, wies mit Nachdruck auf die ablehnende Stellungnahme der Stadtverwaltung hin, vor allem auf die in der Kürze der Zeit nicht erfolgte fachliche und finanzielle Prüfung durch die zuständigen Verwaltungseinheiten. Damit steht die Beschlussfassung in massivem Widerspruch zu den Haushaltsgrundsätzen. Hinsichtlich des Beschlusspunktes 02 gab er zu bedenken, dass eine Vielzahl der Kriterien bereits in der Erarbeitung der mittelfristigen Bedarfsplanung diskutiert und berücksichtigt worden sind. Herr Trier trat dem Vorwurf entschieden entgegen, dass die Verwaltung die Kindertageseinrichtungen „rasiere“. Es erfolge eine Anpassung der Bedarfsplanzahlen an die tatsächliche Bedarfslage mit der Maßgabe von Trägervielfalt, Standorterhaltung und unter der Einhaltung des Rechtsrahmens. Dem sei eine intensive Debatte in sechs Unterausschuss-Sitzungen vorausgegangen.

Die Kritik an der finanziellen Belastbarkeit der Drucksache aufgreifend legten Frau Trautwein (Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt) und Herr Mroß (Vorsitzender; Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN) dar, dass das Personal zum Stichtag 31.03.2026 – einem durchschnittlichen Belegungszeitpunkt – eingefroren werden soll, um einen Zeitaufschub zu Gunsten bestehender Systeme zu gewährleisten. An sich sei das Argument finanzieller Ungewissheit nicht zu entkräften, doch vor dem Hintergrund nicht absehbarer Faktoren seien sowohl die Mehrkosten für den Gesamthaushalt als auch die für Kinder und den Sozialraum eintretenden Gewinne nicht exakt zu beziffern. Mithin verfolge die Drucksache auch nicht das Ziel, die Augen vor dem demografischen Wandel zu verschließen.

Grundlage für die Ausgestaltung und Struktur der Kindergarten-Landschaft sind die jährlichen sowie mittelfristigen Bedarfsplanungen, betonte der Dezernatsreferent für Soziales, Bildung und Jugend. Mit dem Kita-Moratorium werde den Ergebnissen des Abwägungsprozesses des Unterausschusses, dem Entwurf des Planungsdokuments, das im Januar 2026 vorgestellt werden soll, vorgegriffen. Der vorgeschlagene „Schutzschirm“ für zwei Jahre konterkariere die Vorhaltung einer bedarfsgerechten und von gesellschaftlichen Veränderungen geprägten Betreuungsinfrastruktur. Der auf dem Gesamt-Haushalt lastende wirtschaftliche Druck werde hierbei komplett außer Acht gelassen. Er habe die Erfurter Jugendhilfandschaft in den letzten 20 Jahren so wahrgenommen, dass immer gemeinsame Lösungen gefunden und nie radikale Entscheidungen zu Lasten Einzelner getroffen wurden. Der Ort der Kompromissfindung und des Interessenausgleichs sei bisher der Unterausschuss gewesen. Erst nach Vorlage des Kompromisses könne eine Bewertung unter Beachtung entsprechender haushalterischer Kalkulationen im Jugendhilfeausschuss erfolgen.

Herr Mroß (Vorsitzender; Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN) erwiderte, dass mit Nichten die Arbeit des Unterausschusses oder das Planungsdokument in Frage gestellt werde. Die mittelfristige Bedarfsplanung lege zwar fest, dass keine Einrichtung geschlossen werden, jedoch träten Folgewirkungen ein wie z. B. Entlassungen des Personals, Ausbleiben von Kita-Sanierungen oder De-facto-Schließungen von Trägerseite, so wie es Jugendhilfeausschuss bereits im Ortsteil Waltersleben erlebt hat.

Daran anknüpfend beantragte Frau Karger (Vertreterin der Fraktion CDU) die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

Unter Bezugnahme auf den Thüringer Bildungsplan und die im Haushalt des Freistaates Thüringen geplanten Millionen-Kürzungen aufgrund des Geburten-Rückgangs sei ein entschlossenes Vorgehen erforderlich, hob die Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Zang, hervor. Die im Unterausschuss erarbeitete mittelfristige Bedarfsplanung und das Kita-Moratorium könnten jeweils für sich alleinstehen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ der Vorsitzende, Herr Mroß, über den Antrag auf Einzelabstimmung abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	4
Nein-Stimmen	4
Enthaltungen	5

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Anschließend wurde über die Drucksache abgestimmt.

bestätigt Ja 9 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Einwohnerfragestunde

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde lagen keine Fragestellungen vor.

5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 5.1. Einrichtung eines Unterausschusses "Hilfen zur Erziehung" 2550/25**
BE: Leiter des Jugendamtes

Der Vorsitzende, Herr Mroß, gab bekannt, dass die entsendenden Stellen gebeten wurden, bis zum Vortag der Ausschusssitzung entsprechende Mitglieder vorzuschlagen. Im Ergebnis lag eine ausgefüllte Vorschlagsliste als Tischvorlage aus.

Mündliche Änderungen bzw. Ergänzungen zur Vorschlagsliste gab es nicht. Herr Mroß schlug vor, die Stellen, die bislang noch keine Mitglieder namentlich benannt haben, gemeinsam mit dem Sitzungsdienst nochmal zu kontaktieren. Sodann stellte er die Drucksache in Fassung der geänderten Anlage zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Es wird ein Unterausschuss „Hilfen zur Erziehung“ eingerichtet. Der Unterausschuss besteht aus 13 stimmberechtigten und 12 beratenden Mitgliedern bei nachfolgender Zusammensetzung

- a) sechs Mitglieder auf Vorschlag der Fraktionen oder auf Vorschlag der durch den Stadtrat gewählten Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nach § 6 Pkt. 2a der Satzung des Jugendamtes,
- b) vier Mitglieder auf Vorschlag der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe benannten Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nach § 6 Pkt. 2b der Satzung des Jugendamtes,
- c) zwei Mitglieder aus der Verwaltung des Jugendamtes
- d) ein Mitglied benannt durch die jugendpolitische Vertretung,
- e) je ein beratendes Mitglied auf Vorschlag der AGs nach § 78 SGB VIII) „Ambulante flexible Hilfen zur Erziehung“, „Stationäre Hilfen zur Erziehung“ und "Beratungsstellen",
- f) ein beratendes Mitglied benannt durch die Kreiselternervertretung der Schulen,
- g) ein beratendes Mitglied aus dem Bereich der selbstorganisierten Zusammenschlüsse gemäß § 4a SGB VIII,
- h) ein beratendes Mitglied auf Vorschlag von im SGB IX tätigen freien Trägern,
- i) ein beratendes Mitglied aus dem Staatlichen Schulamt Mittelthüringen,
- j) ein beratendes Mitglied aus dem Bereich des kommunalen Beauftragten für Migration und Integration,
- k) ein beratendes Mitglied aus dem Bereich der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderung,
- l) ein beratendes Mitglied aus dem Amt für Bildung,
- m) ein beratendes Mitglied aus dem Gesundheitsamt,
- n) ein beratendes Mitglied aus dem Amt für Soziales.

02

Der Unterausschuss wird mit der Wahrnehmung der Aufgaben gemäß Maßnahmepunkt I der Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung 2024 – 2028 und mit der Fortschreibung der Jugendhilfeplanung im Bereich der Hilfen zur Erziehung im Rahmen der Integrierten Jugendhilfeplanung 2028 – 2032 beauftragt.

03

Der Jugendhilfeausschuss bestellt namentlich die in der Anlage 1² genannten Mitglieder sowie deren Stellvertretung.

² Die Anlage 1 des Beschlusses liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 1 bei.

5.2. Einrichtung eines Unterausschusses "Kinder-, Jugend- und Familienförderung" 2566/25
BE: Leiter des Jugendamtes

Herr Mroß (Vorsitzender) wies darauf hin, dass das Verfahren analog dem Tagesordnungspunkt 5.1 Anwendung findet. Mündliche Änderungen bzw. Ergänzungen zur Vorschlagsliste lagen nicht vor, sodass umgehend zur Abstimmung übergegangen wurde.

mit Änderungen beschlossen Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Es wird ein Unterausschuss "Kinder-, Jugend- und Familienförderung" eingerichtet. Der Unterausschuss besteht aus 13 stimmberechtigten und 10 beratenden Mitgliedern bei nachfolgender Zusammensetzung

- o) sechs Mitglieder auf Vorschlag der Fraktionen oder auf Vorschlag der durch den Stadtrat gewählten Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nach § 6 Pkt. 2a der Satzung des Jugendamtes,
- p) vier Mitglieder auf Vorschlag der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe benannten Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nach § 6 Pkt. 2b der Satzung des Jugendamtes,
- q) zwei Mitglieder aus der Verwaltung des Jugendamtes
- r) ein Mitglied benannt durch die jugendpolitische Vertretung,
- s) je ein beratendes Mitglied auf Vorschlag der AGs nach § 78 SGB VIII „Jugendarbeit“, und "Familie",
- t) ein beratendes Mitglied benannt durch die Kreiselternvertretung der Schulen,
- u) ein beratendes Mitglied aus dem Bereich der selbstorganisierten Zusammenschlüsse gemäß § 4a SGB VIII,
- v) ein beratendes Mitglied aus dem Staatlichen Schulamt Mittelthüringen,
- w) ein beratendes Mitglied aus dem Bereich des kommunalen Beauftragten für Migration und Integration,
- x) ein beratendes Mitglied aus dem Bereich der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderung,
- y) ein beratendes Mitglied aus dem Amt für Bildung,
- z) ein beratendes Mitglied aus dem Gesundheitsamt,
- aa) ein beratendes Mitglied aus dem Amt für Soziales.

02

Der Unterausschuss wird mit der Wahrnehmung der Aufgaben gemäß Maßnahmepunkt III des Kinder- und Jugendförderplanes 2023 – 2027 und mit der Fortschreibung der Jugendhilfeplanung in den Bereichen der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit und Familienbildung/-förderung im Rahmen der Integrierten Jugendhilfeplanung 2028 – 2032 beauftragt.

03

Der Jugendhilfeausschuss bestellt namentlich die in der Anlage 1³ genannten Mitglieder sowie deren Stellvertretung.

- 5.3. **Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2023 bis 2027 - Maßnahmenpunkt XI: Stellenaufwertung der Jugendverbandsarbeit** 2718/25
 BE: Herr Fuchs, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
 hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Die Hinweise des Vorsitzenden, Herr Mroß, dass die Stellungnahme der Verwaltung, die eine Änderung des Beschlusspunktes 01 vorsieht, als Tischvorlage auslag, wurde von den Anwesenden zur Kenntnis genommen. Mit der Drucksache 2855/25 lag ein Antrag des Einreichers vor, der die Beschlussvorlage um einen Beschlusspunkt 03 ergänzt. Die Stellungnahme der Verwaltung dazu lag ebenfalls als Tischvorlage aus.

Der Vertreter des Stadtjugendrings Erfurt, Herr Fuchs, erinnerte an seine Präsentation zu den Ergebnissen des Qualitätsentwicklungsprozesses und den begleitenden Prozess mit den Jugendverbänden und der Stadtverwaltung. Die gestiegenen Erwartungen an das Arbeitsfeld der Jugendverbandsarbeit, das vielfältige Engagement junger Menschen sowie die zunehmenden Belastungen mit gesellschaftlichen Entwicklungen und multiplen Krisen erfordern eine Stärkung der hauptamtlichen Strukturen.

Auf Rückfrage des Vorsitzenden, Herrn Mroß, ob der Beschlusspunkt 03 durch den von ihm eingebrachten gleichlautenden Haushaltsänderungsantrag obsolet sei, wurde durch die Leiterin der Stadtkämmerei, Frau Kühnel, mit Blick auf den notwendigen Deckungsvorschlag in Drucksachen beantwortet. Der Haushaltsänderungsantrag beziehe sich auch auf andere Haushaltsstellen und sei damit weitergehend.

Weiterer Diskussionsbedarf bestand nicht, sodass die Drucksache in Fassung des Änderungsantrags in Drucksache 2855/25 abgestimmt wurde.

mit Änderungen beschlossen Ja 11 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Dem Stadtrat werden folgende Beschlusspunkte zur Entscheidung vorgelegt:

³ Die Anlage 1 des Beschlusses liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 2 bei.

01

Die konsequente Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023 bis 2027 und folgende Änderungen des Stadtratsbeschlusses Drucksache 1464/22 vom 14.12.2022 werden beschlossen. Der Maßnahmenpunkt I wird unter dem Punkt Jugendverbandsarbeit wie folgt geändert (Änderungen fett und unterstrichen):

Träger	Einrichtung / Angebot	VbE bisher (2017-2022)	VbE neu (2023-20275)	<u>VbE neu (2026-2027)</u>
Jugendverbandsarbeit				
Sportjugend Erfurt		1	1	<u>1</u>
Evangelische Jugend Erfurt		1	1	<u>1</u>
Dekanatsjugend Erfurt		0,5	0,5	<u>0,75</u>
Naturfreundejugend Erfurt		0,5	0,5	<u>0,75</u>
CVJM Erfurt		0,5	0,5	<u>0,75</u>
DGB-Jugend Erfurt		0,5	0,5	<u>0,75</u>
Jugendweihe Erfurt		0,5	0,5	<u>0,75</u>
Stadtjugendwerk der AWO Erfurt		0,5	0,5	<u>0,75</u>
SJD – Die Falken Erfurt		0,5	0,5	<u>0,75</u>
Malteser-Jugend Erfurt		0,5	0,5	<u>0,75</u>

02

Im Rang II wird der Bedarf weiterer 2,5 VbE für die Jugendverbandsarbeit gestrichen.

03

Zur Finanzierung der notwendigen Stellenanpassung wird der Haushaltsplan 2026/2027 wie folgt geändert:

Im Ansatz der Haushaltsstelle 48100.24300 – Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes | Übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete – wird der Ansatz von 1.400.000 Euro (jeweils 2026 und 2027) auf 1.550.000 Euro angepasst.

5.3.1. Antrag zur Drucksache 2718/25 - Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2023 bis 2027 - Maßnahmenpunkt XI: Stellenaufwertung der Jugendverbandsarbeit 2855/25

siehe Tagesordnungspunkt 5.3

bestätigt

Zunächst meldete sich Herr Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) zu Wort und hinterfragte die Auszahlungssystematik der im Haushaltsansatz für den Familienförderplan (Rang 1b) auf der Einnahmeseite veranschlagten Mittel. Weiterführend erörterte er das Trägerinteresse, einen Maßnahmenbeginn zu Jahresanfang herbeizuführen, um nicht auf eigenes Risiko in Vorleistung treten zu müssen. Um diesen Missstand abzuwenden, sei aus seiner Sicht eine verwaltungsinterne Prüfung geboten.

Der Dezernatsreferent für Soziales, Bildung und Jugend erklärte, dass entsprechende Haushaltsansatz nur dann an die Träger ausgereicht werden darf, wenn dem ein rechtskräftiger Fördermittelbescheid des Freistaates Thüringen zu Grunde liegt. Er verwies auf den Diskurs zur Überarbeitung der Förderrichtlinien im Jugendhilfebereich. Beim LSZ-Verfahren handle es sich um nicht gesicherte Finanzmittel von Landesseite, bei anderen pflichtigen Aufgaben sind jedoch Abschlagszahlungen nach den tatsächlich notwendigen Ausgaben auch in der vorläufigen Haushaltsführung möglich.

Sie habe die Drucksache als Aufruf aufgefasst, die Problematik dem zuständigen Ministerium aufzuzeigen, wendete Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt) ein und kündigte ihre Zustimmung an. Sowohl die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte als auch die Planungssicherheit für die Träger seien unter diesem Förderprogramm prekär.

Nachdem die Debatte erschöpft war, wurde über die Drucksache abgestimmt.

beschlossen Ja 6 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, ein regelkonformes Verfahren zu erarbeiten, infolgedessen Maßnahmen und Programme, die im Rang 1b des Familienförderplanes gefördert werden, in den Stand gesetzt werden, dass diese bei einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn ab dem Jahr 2026 Abschlagszahlungen zur Finanzierung erhalten.

5.6. Erfurt ist kinderfreundliche Landeshauptstadt 2751/25
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und
Jugend

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, informierte, dass der Tagesordnungspunkt gemeinsam mit dem TOP 8.1 - Prüfergebnis Teilnahme am Programm "Kinderfreundliche Kommunen" (Drucksache 1718/25) – aufgerufen wird. Die Stellungnahme der Verwaltung lag als Tischvorlage aus und empfahl eine Streichung des Beschlusspunktes 03 sowie eine Änderung des Beschlusspunktes 04.

Zudem bedankte sich Herr Mroß bei den Vertreterinnen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Initiative. Demgemäß gab es im Vorfeld Beratungen zwischen den Fraktionen, freien Trägern und dem Jugendamt, in denen festgestellt wurde, dass die Programminhalte vollumfänglich geteilt werden, die Landeshauptstadt allerdings in vielerlei Hinsicht besser aufgestellt ist als die am Programm teilnehmenden Kommunen. Dennoch müsse das tägliche Verwaltungshandeln, auch in den Bereichen außerhalb des Dezernates 05 und der Beteiligungsstruktur BÄMM! die Lebenswelten sowie Rechte von Kindern und Jugendlichen angemessen widerspiegeln. Er betonte ausdrücklich, dass dies kein politischer Antrag sei, sondern ein Anliegen des Jugendhilfeausschusses werden solle.

Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes führte auf Nachfrage aus, dass für eine externe Begleitung keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Diesbezüglich erkundigte sich Frau Zang (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), ob eine Evaluation auch mit dem bestehenden Personal möglich sei.

Die Arbeitsfähigkeit seines Amtes und die Verantwortung für die Mitarbeitenden betreffend äußerte Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) erhebliche Bedenken zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen und der personellen Leistbarkeit bei der Umsetzung dieser.

Herr Mroß (Vorsitzender) legte dar, dass es Intention des Beschlussvorschlags sei, die Verwaltung durch eine externe Beratung und zusätzliche Finanzmittel zu entlasten.

Laut dem Leiter des Jugendamtes, Herrn Trier, sei dieses Vorgehen nachvollziehbar, allerdings erfordere die permanente Vor- und Nachbereitung sowie Begleitung des Prozesses aus dem eigenem Personalbestand einen erheblichen finanziellen und personellen Mehraufwand, dem im Rahmen des Einstellungsstopps nicht begegnet werden könne.

Durch Herrn Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) wurde beantragt in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung abzustimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	4
Nein-Stimmen	4
Enthaltungen	3

Damit wurde der Antrag abgelehnt und über die Ursprungsdrucksache abgestimmt.

beschlossen Ja 4 Nein 1 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss

Dem Stadtrat werden folgende Beschlusspunkte zur Entscheidung vorgelegt:

01

Die Stadt Erfurt ist kinderfreundliche Landeshauptstadt. Sie bekennt und verpflichtet sich zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Dies gilt politisch, wie auch konsequent im Verwaltungshandeln.

02

Die Stadt Erfurt ist stolz auf ihre konstante, zuverlässige und vielfältige Kinder- und Jugendhilfearbeit. Sie verpflichtet sich, die vorhandenen Beteiligungsstrukturen für Kinder- und Jugendliche stetig zu evaluieren und auszubauen.

03

Um Beteiligungsstrukturen zielgerichtet und effektiv auszubauen, nimmt die Stadt Erfurt eine externe Beratung und Begleitung in geeigneter Form in Anspruch. Hierzu werden die notwendigen finanziellen Mittel in den Haushalt eingestellt.

04

Aus der Evaluierung der bisherigen Beteiligungsstrukturen und der externen Beratung wird ein Maßnahmenplan zur weiteren Verbesserung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erarbeitet. Dieser findet Eingang in die Integrierte Jugendhilfeplanung.

- 5.7. Aufnahme des „Erfurter Fanprojektes“ in den Kinder- und Jugendförderplan 2752/25
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Die Stellungnahme der Verwaltung lag als Tischvorlage aus, so der Vorsitzende, Herr Mroß. Im Ergebnis der Diskussion aus der vergangenen Sitzung und den zwischenzeitlichen Gesprächen gebe es nunmehr die Möglichkeit das Fanprojekt fördermittelunschädlich in den Kinder- und Jugendförderplan zu überführen.

Herr Fuchs (Vertreter des Stadtjugendrings Erfurt) schlug eine entsprechende fachpolitische Debatte im neugegründeten Unterausschuss Kinder-, Jugend- und Familienförderung vor. Im Zuge der stattfindenden Haushaltsberatungen sprach sich Frau Butt (Vertreterin der Fraktion SPD & PIRATEN) gegen eine Verweisung aus.

Die Leiterin der Stadtkämmerei, Frau Kühnel, stellte die haushaltsrechtliche Einordnung des Fanprojektes seit der Entstehung im Jahr 2009 und die finanzielle Absicherung der Fördermittel über den Doppelhaushalt 2026/2027 hinaus ausführlich dar. Daher gebe es kurzfristig keine Veranlassung hinsichtlich einer Änderung des Status quo.

Frau Karger (Vertreterin der Fraktion CDU) und Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt) schlossen sich dem Ansinnen von Herrn Fuchs an, den Unterausschuss über eine Änderung des Kinder- und Jugendförderplans befinden zu lassen.

Aufgrund der Verortung im Einzelplan des Erfurter Sportbetriebs bzw. der Zuständigkeit des Werkausschusses ESB zur Beurteilung der Förderwürdigkeit und –höhe bat Herr Mroß (Vorsitzender) um eine entsprechende Rücksprache mit dem zuständigen Ministerium.

Laut eines Vertreters des Jugendamtes liegt die schriftliche Bestätigung zur Zulässigkeit des Vorhabens bereits vor, sodass der Beschluss umgesetzt werden könne.

Nach den weiteren Wortmeldungen von Frau Zang (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Frau Kühnel (Leiterin der Stadtkämmerei), Frau Karger (Vertreterin der Fraktion CDU), Herrn Volland und Herrn Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) stellte Herr Mroß (Vorsitzender) einen mündlichen Änderungsantrag zum Beschlusspunkt 01. Weiterhin stellte er fest, dass damit zunächst keine Änderung in der haushaltsrechtlichen Veranschlagung erfolge.

01

Die Aufnahme des „Erfurter Fanprojektes“ in den Kinder- und Jugendförderplan 2023 bis 2027 ~~ab dem 01.01.2026~~ wird beschlossen. Der Unterausschuss Kinder-, Jugend und Familienförderung wird mit der Erarbeitung einer Drucksache beauftragt.

(...)

Da keine weiteren Anträge gestellt wurden, ließ der Vorsitzende über die Drucksache in Fassung des mündlichen Änderungsantrags abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Dem Stadtrat werden folgende Beschlusspunkte zur Entscheidung vorgelegt:

01

Die Aufnahme des „Erfurter Fanprojektes“ in den Kinder- und Jugendförderplan 2023 bis 2027 wird beschlossen. Der Unterausschuss Kinder-, Jugend und Familienförderung wird mit der Erarbeitung einer Drucksache beauftragt.

02

Bei der Aufnahme in den Kinder- und Jugendförderplan 2023 bis 2027 ist dafür Sorge zu tragen, dass die Förderstruktur des „Fanprojekt Erfurt“ erhalten bleibt. Ein Verlust der Förderfähigkeit aufgrund von Doppelförderungen ist auszuschließen.

03

Das „Fanprojekt Erfurt“ berichtet einmal jährlich über die durchgeführten Projekte und die geleistete Arbeit im Jugendhilfeausschuss.

5.8. 8. Änderungssatzung der Satzung für das Jugendamt der 2753/25
Stadt Erfurt
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und
Jugend

Die Stellungnahme der Stadtverwaltung lag als Tischvorlage aus. Darin wurde empfohlen, bezüglich des Rubrums in Anlage 1 eine redaktionell geänderte Formulierung zu verwenden. Diesbezüglich teilte Herr Mroß (Ausschussvorsitzender) mit, den Änderungsvorschlag als Einreicher zu übernehmen.

Frau Karger (Vertreterin der Fraktion CDU) beantragte die Streichung des Namens „Voice4Kids“ in der Anlage zur Drucksache. Der Vertreter des Jugendamtes erachtete die Änderung als unkritisch, da bei einer Namensänderung oder Umstrukturierung des Zusammenschlusses automatisch auch eine Satzungsänderung erforderlich wäre.

Im Ergebnis lag folgender mündlicher Änderungsantrag für Anlage 1 vor:

o) die Selbstvertretung von Kindern und Jugendlichen aus den stationären Hilfen zur Erziehung „Voice4Kids“.

Da kein weiterer Aussprachebedarf bestand, brachte Herr Mroß (Vorsitzender) die Drucksache in Fassung der Stellungnahme der Stadtverwaltung inklusive des mündlichen Änderungsantrags zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Dem Stadtrat wird folgender Beschlusspunkt zur Entscheidung vorgelegt:

Die als Anlage 1⁴ beigefügte 8. Änderungssatzung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Erfurt wird beschlossen.

⁴ Die Anlage 1 des Beschlusses liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 3 bei.

6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

6.1. Haushaltssatzung 2026/2027 und Haushaltsplan 2026/2027 2401/25 BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Herr Mroß (Vorsitzender) führte wie folgt aus: Die Unterlagen zum Haushalt sowie die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Fragen aus den Anhörungen standen über einen Web-Link zur Verfügung. Es lag in Drucksache 2801/25 ein Antrag des Oberbürgermeisters vor, der die Anlagen ersetzt. Zudem lagen vier Haushaltsbegleitanträge sowie ein Haushaltsänderungsantrag des Vorsitzenden vor.

Eingangs bedankte sich der Ausschussvorsitzende bei der Stadtverwaltung für das Haushaltsverfahren und begrüßte die hoffentlich eintretende Planungssicherheit.

Die Nachfrage von Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt) zum Mittelaufwuchs beim LSZ wurde durch Frau Kühnel (Leiterin der Stadtkämmerei) beantwortet. Bei näheren Auskünften zu den Maßnahmeträgern müsse sich die Fragestellerin an das Dezernat für Soziales, Bildung und Jugend wenden.

Sodann wurde mangels Wortmeldungen zur Abstimmung übergegangen.

Haushaltsbegleitantrag Nr. 1

Mittelbereitstellung zur Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2023 - 2027 - Maßnahmenpunkt XI: Stellenerhöhung der Jugendverbandsarbeit um 2 VbE

Der Vorsitzende, Herr Mroß, zog diesen Antrag als Einreicher zurück.

Haushaltsbegleitantrag Nr. 2

Mittelbereitstellung zu Aufwuchs der Stellen in der Schulsozialarbeit um 0,2 VbE

Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	0

Der Haushaltsbegleitantrag wurde bestätigt und beim Stadtrat eingereicht.

Haushaltsbegleitantrag Nr. 3

Erfurt ist kinderfreundliche Kommune – Umsetzung von Evaluation und Ausbau der Beteiligungsstrukturen von Kindern und Jugendlichen

Der Vorsitzende, Herr Mroß, zog diesen Antrag als Einreicher zurück.

Haushaltsbegleit Antrag Nr. 4

Kontinuierliche Sanierung der Erfurter Jugendhäuser

Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Haushaltsbegleit Antrag wurde bestätigt und beim Stadtrat eingereicht.

Haushalts-Änderungsantrag des Vorsitzenden

Die Leiterin der Stadtkämmerei, Frau Kühnel, bat um Ausweisung der korrekten Haushaltsstelle (40700.65500) zur Vereinfachung des weiteren Verfahrens.

Ja-Stimmen	8
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	2

Der Haushaltsänderungsantrag wurde bestätigt und beim Stadtrat eingereicht.

Sodann erfolgte die Schlussabstimmung in Fassung des Änderungsantrags des Oberbürgermeisters in Drucksache 2801/25.

bestätigt mit Änderungen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

6.1.1. 1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2401/25 - Haushaltssatzung 2026/27 und Haushaltsplan 2026/27 2801/25

siehe Tagesordnungspunkt 6.1

bestätigt

6.2. 2. Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023 - 2609/25
 2027
 BE: Leiter des Jugendamtes

Im Ergebnis der Diskussion, an der sich der Vertreter des Jugendamtes, Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt), Herr Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) und Herr Mroß (Ausschussvorsitzender) beteiligten, wurde sich auf folgenden Änderungsantrag verständigt:

01

Der Erfurter Kinder- und Jugendförderplan 2023-2027 wird im Abschnitt F, Maßnahmepunkt I unter der Voraussetzung der Anpassung des Haushaltsansatzes wie folgt geändert:

MitMenschen e. V.	Schulsozialarbeit an Berufsbildenden Schulen incl. fachliche Koordinierung	7,3	7,3 7,25
PERSPEKTIV e. V.	Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen incl. fachliche Koordinierung	24,25	16,75 16,55 <u>16,75</u>
PERSPEKTIV e. V. /AWO Kreisverband Erfurt e. V.	Sozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen incl. fachliche Koordinierung	-	7,5 7,75

(...)

Die Abstimmung darüber erbrachte folgendes Ergebnis.

bestätigt mit Änderungen Ja 8 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 22.05.2025 zum TOP 8.2 - Aktionsplan Kinderarmut (Drucksache 2524/24) - hier: "Erfurter Präventionsketten" 1465/25
 BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

siehe Tagesordnungspunkt 2

vertagt

- 7.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 25.09.2025 zum TOP 7.1 - Änderung der Jugendhilfeplanung Hilfe zur Erziehung 2024 - 2028 (Drucksache 1740/25) - hier: Finanzierung der Mehrausgaben
BE: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend 2382/25

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. Prüfergebnis Teilnahme am Programm "Kinderfreundliche Kommunen"
BE: Leiter des Jugendamtes 1718/25

Die Drucksache wurde gemeinsam mit dem TOP 5.6 behandelt.

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Bericht Verfahrenslotse gem. §10b SGB VIII Berichtszeitraum 01.2025 - 06.2025
BE: Leiter des Jugendamtes 2338/25

Frau Paton (Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt) kündigte einen Fragenkatalog zum vorgelegten Bericht an mit der Bitte um schriftliche Beantwortung bis zur Januar- oder Februar-Sitzung des Jugendhilfeausschusses. In diesem Zusammenhang regte sie eine Beteiligung der Verfahrenslotsen in der Arbeit der Unterausschüsse an.

Die Drucksache wurde einvernehmlich im Zusammenhang mit der Vorlage der Stellungnahme der Stadtverwaltung zu den Nachfragen vertagt.

vertagt

8.3. Pauschalierung von Sachkosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung **2554/25**
BE: Leiter des Jugendamtes

Der Vertreter des Stadtjugendrings Erfurt, Herr Fuchs, beantragte eine Verweisung der Drucksache in den zuständigen Unterausschuss. Aufgrund der umfassenden Darstellungen seitens der Verwaltung lehnte Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) diesen Vorschlag ab.

Über den Verweisungsantrag wurde wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	4
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	3

Verwiesen in Ausschuss

8.4. Umsetzungsstand zur Drucksache 1454/25 **2761/25**
BE: Frau Reißig Cajamarca, beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Die Nachfragen von Herrn Keske (Vertreter des Stadtelternbeirats Kita) und Frau Zang (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN) wurden durch Herrn Trier (Leiter des Jugendamtes) beantwortet. Für das Anschlussprojekt „Thüringer Qualitätskompass – Sprachliche Bildung und inklusive Kindergartentwicklung“ werden derzeit entsprechende Richtlinien und Informationsveranstaltungen vorbereitet.

In dem Kontext bat Herr Mroß (Vorsitzender) um Übersendung des Berichts des Gesundheitsamtes zu den Schuleingangsuntersuchungen an die Ausschussmitglieder.

zur Kenntnis genommen

8.5. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes

In der Sitzung des Stadtrates am 05.11.2025 wurden zwei jugendhilferelevante Beschlüsse gefasst, wie der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier mitteilte:

- Drucksache 1740/25 – Änderung der Jugendhilfeplanung Hilfen zur Erziehung 2024-2028
- Drucksache 2149/25 – Wahl eines stellvertretenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss für die Fraktion AfD

Nachfragen gab es nicht.

8.6. Sonstige Informationen

Außer dem Hinweis von Herrn Mroß (Vorsitzender), dass das Schreiben der Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister zur veränderten Einladung der Januar-Sitzung als Tischvorlage auslag, gab es keine sonstigen Informationen. Abgabefrist zur Einreichung von Drucksachen werde am Mittwoch, dem 17.12.2025 um 15:30 Uhr sein.

Sodann beendete der Vorsitzende, Herr Mroß, die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Mroß
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer